

Über die Trumpfisierung des Kantons Basel-Landschaft

Der Klügere hat nachgegeben. Das könnte als Fazit über der Rangelei zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt zu Universität und Kultur stehen. Bei Lichte besehen ist nur traurig, was da abläuft. Baselland schwächt mit seiner Trotz-Politik die ganze Region. Es ist eine ruchlose Politik. Warum man von einer eigentlichen Trumpfisierung des Landkantons sprechen kann und welche Handlungsoptionen die Stadt noch hat.

Die Medienmitteilung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft ist bestes PR-Geschwurbel: *Partnerschaftliches Bekenntnis zu einer zukunftsorientierten und leistungsfähigen Universität Basel* lautet der Titel. Die beiden Kantone hätten ein *umfassendes Verhandlungsergebnis erreicht*. Die Trägerkantone könnten ihre Beiträge reduzieren, die Universität werde nicht geschwächt.

Doch für die städtischen Regierungen muss das Lächeln an der Pressekonferenz schmerzhaft gewesen sein. Faktisch hat die Landschaft der Stadt den Tarif diktiert: Es gibt weniger Geld für die Uni, weniger Geld für die Kul-

tur und das Ganze ist erst der Anfang. Denn es ist eine Einigung auf Zeit. SVP und FPD im Kanton Basel-Landschaft wetzen weiterhin die Messer. In spätestens vier Jahren wollen sie noch mehr sparen.

Kommunikative Wirkung eine Katastrophe

Politisch ist die Einigung wohl der Kompromiss, der zu erzielen war. Entsprechend knirschen zwar viele Städter mit den Zähnen, die Kommentare in Politik und Medien fallen aber schulterzuckend positiv aus. *Die beiden Basel, die existenziell aufeinander angewiesen sind, scheinen sich weniger als drei Jahre nach der gescheiterten Fusionsprüfungs-Initiative auf dem Weg des Pragmatismus wiedergefunden zu haben*, kommentiert etwa David Sieber in der bzBasel und Thomas Dähler findet in der BaZ, das *Lamento von links über den angeblichen Qualitätsabbau* sei fehl am Platz. *Ein solcher wird nicht stattfinden*.

Das mag stimmen. Trotzdem ist die Entwicklung zum Heulen. Politisch mag es ein pragmatischer Kompromiss sein – sachlich ist er für die Universität Basel und für die Kultur in der Stadt

fatal und die kommunikative Wirkung ist eine Katastrophe. Denn der Kanton Basel-Landschaft hat deutlich gemacht, dass er wirklich konsequent nur für eine einzige Sache einsteht: für sich selbst.

Das Baselland ist gar nicht arm

Das ist doch verständlich, hört man immer wieder. Schliesslich geht es dem Baselbiet finanziell schlecht, da kann man doch nicht verlangen, dass es noch mehr Geld an die sowieso reiche Stadt zahlt. Drei Gegenargumente: Erstens geht es dem Kanton Basel-Landschaft nicht so schlecht, wie er tut. Im Rahmen der Berechnung des Nationalen Finanzausgleichs erhebt der Bund das Ressourcenpotenzial der Kantone. Das ist die Summe der massgebenden Einkommen, Vermögen und Gewinne, unabhängig davon, wie stark sie besteuert werden. Dieses Ressourcenpotenzial beziffert der Bund 2017 beim Kanton Basel-Stadt auf rund 9 Milliarden Franken, beim Kanton Basel-Landschaft auf 8,64 Milliarden Franken – die Unterschiede zwischen den Kantonen sind also nicht so gross, wie das Baselland glauben machen will. Der Landkanton besteuert dieses Potenzial aber weniger stark als die Stadt.

Zweitens geht es bei Universität und Kultur nicht um freiwillige Beiträge an den Blumenschmuck, es geht um sehr konkrete Leistungen, welche Bürgerinnen und Bürger des Landkantons in der Stadt beziehen. Drittens, und dieser Einwand wiegt fast am schwersten, haben die Baselbieter Politiker nicht um Verständnis für die desolote Finanzsituation des Landkantons gebeten oder sich für den Sparbefehl gegenüber der Stadt entschuldigt. Im Gegenteil: Sparen bei der Uni finden sie richtig und Kultur in der Stadt unnötig. Was die Politiker von SVP und FDP im Baselland betreiben, ist eine Trumpfisierung der Politik. Es sind folgende Aspekte, die mich zu diesem Urteil bringen:

1. Make Baselbiet Great Again

Die Politik ist ausschliesslich auf das eigene (Basel-) Land ausgerichtet. Trump dreht sich nur noch um die USA (und um sich selbst), der Rest der Welt interessiert ihn nicht. Einen ähnlichen Eindruck erwecken die bürgerlichen Politiker im Baselbiet. Ihr Fokus ist einzig der (vermeintliche) Vorteil des eigenen Halbkantons. Doch das ist etwa so, wie wenn ein Kind die Hand vor die eigenen Augen hält und sich für unsichtbar

hält. Universität, Kultur, Spitallandschaft – das sind alles Faktoren, die für die ganze Region wichtig sind und sich nur regional organisieren lassen. Das scheint die Baselbieter Bürgerlichen nicht zu interessieren. Hauptsache, das Baselbiet zahlt weniger an die Stadt.

2. Geld als einziger Massstab für die Politik

Die Politik ist fast ausschliesslich auf Geld respektive auf den Geldabfluss fokussiert. Trump will Amerika regieren wie ein CEO. Er denkt in Gewinnen und Verlusten. Ganz ähnlich scheint es das Baselland zu machen. Trump und die Baselbieter vergessen, dass auch in einem finanziellen Verlust ein Gewinn für eine Region oder ein Land stecken kann. Denn ein Land (ein Kanton) ist keine Firma, das Ziel sind nicht möglichst viel Umsatz und Gewinn. Das Ziel eines Staates ist das Gemeinwohl. Das lässt sich nicht so simpel in Franken und Rappen ausdrücken.

3. Der grosse Minderwertigkeitskomplex

Ein wesentliches Handlungsmotiv ist ein Minderwertigkeitskomplex. Bei Trump hat das viel mit der eigenen, narzisstischen Persönlichkeit zu tun. Bei den Baselbietern ist es ein tief sitzender Komplex gegenüber der Stadt. Das Baselbiet will selber gross sein. Da-

bei kommt es nicht einmal im Namen ohne Basel aus. Rolf Richterich, Fraktionspräsident der FDP-BL, sagte gegenüber der bzBasel: *Baselland ist nun definitiv nicht mehr der Juniorpartner bei der Universität*. Das legt zum einen die wahren Motive offen – und ist zum anderen reines Wunschdenken. Das Baselbiet will die Uni klein kriegen, um sie beherrschen zu können. Es ist der grosse Irrtum von Baselland, dass es der Stadt die Stirn bieten müsse. Es begreift die Stadt als Konkurrenz.

Das ist reiner Blödsinn. Die beiden Halbkantone sind aufeinander angewiesen, nicht weil sie so gleich sind, sondern weil sie sich so stark unterscheiden – und sich deshalb ergänzen. Der Landkanton kann nicht bildungsstark, innovativ und wirtschaftsorientiert sein. Das ist die typische Rolle der Städte. Umgekehrt hat die Stadt keine Rückzugsräume, wenig Platz zum Wohnen und Leben. Kultur und Universität gehören in die Stadt. Dass die Landschaft auch ein Uniinstitut haben will, ist Zeichen ihres Minderwertigkeitskomplexes. Ein Institut etwa in Liestal wäre vielleicht politisch opportunistisch, es würde sachlich die Uni aber nicht stärken, sondern schwächen. Denn eine Verzettelung erschwert die Vernetzung der Fakultäten untereinander.

Die Handlungsoptionen der Stadt

Was kann die Stadt tun? Wie geht man mit einem so ruchlosen Partner um? Was kann die Stadt der Baselbieter SVP entgegenhalten, die jetzt schon von weiteren Sparschritten spricht und den Kulturvertrag als unnötig bezeichnet? Die Stadt hat drei Handlungsoptionen:

1) Vernünftig sein und nachgeben. Motto: Der Klügere gibt nach. Das war das Rezept beim 80-Millionen-Deal und das war die Motivation, jetzt dem Baselbiet Ausgabenkürzungen zu ermöglichen. Das Problem ist: Diese Strategie funktioniert nur, wenn beide Partner vernünftig sind. Doch das Land lacht nur über die Nachgiebigkeit der Städter – und wird immer mehr verlangen.

2) Trotzig dagegenhalten. Das wird die nächste Phase sein. In der Stadt steigt der Unmut. Dabei geht es nicht einmal nur um das Geld, es geht auch um die Art und Weise, wie der Landkanton der Kultur in der Stadt die kalte Schulter zeigt – und gleichzeitig weiter davon profitieren will. Deshalb wird in den nächsten Wochen das Motto lauten: Zugbrücken hoch! Höhere Kulturtarife für Baselbieter, Retorsionsmassnahmen – und ein Uniratspräsident aus dem Kanton Basel-Landschaft oder ein Institut in Liestal kommen

nicht in die Tüte.

3) Hart, aber sachlich weitermachen. Wenn die Emotionen sich entladen haben, wird der Kanton Basel-Stadt zwei Dinge merken: Auch bei hochgezogener Zugbrücke bleiben die beiden Halbkantone aufeinander angewiesen. Aber das heisst nicht, dass die Stadt sich der Landschaft ausliefern muss. Sie kann sich auch nach weiteren Partnern umsehen. Nach Partnern, welche die Stadt nicht schwächen, sondern stärken, die verlässlich sind und konstruktiv. Statt ein Uniinstitut in die landschaftliche Pampa auszulagern, könnte die Universität die trinationale Zusammenarbeit verstärken. Oder sich mit den Universitäten Bern und Fribourg zusammenschliessen. Die Kultur sollte die Stadt ungehemmt zur eigenen Stärke ausbauen.

Ach ja, rein rechnerisch gäbe es natürlich noch eine Möglichkeit: Das Baselbiet könnte zu einer vernünftigen, konstruktiven Politik zurückfinden, die auf den Nutzen der ganzen Region ausgerichtet ist. Ich sag ja nur. Träumen wird ja wohl noch erlaubt sein.

Basel, 30.6.2017
mz@matthiaszehnder.ch